

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	9. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	03./04.03.2015, 09:00 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Antrag Nr. 41 (S. 125): Sicherheitsaufklärung in der Stadtzeitung (FW, Stadtrat Schmitt/pl)

Stadtrat Schmitt (pl): Bevor ich zur eigentlichen Begründung unseres Antrags komme, möchte ich zunächst aus zwei Kriminalstatistiken zitieren, weil es hier einige Anregungen gibt, die uns in unserem Vorhaben bestärken.

Zunächst die Kriminalstatistik des Polizeipräsidiums Karlsruhe für das Jahr 2013, am 05.04.2014 in den BNN veröffentlicht: Täglich 5 oder 6 Wohnungseinbrüche, eine besorgniserregende Entwicklung, stellt leitender Kriminaldirektor Karl-Heinz Ruf fest. Die Zahl der Fälle stieg im vergangenen Jahr um satte 65 % von 1.164 auf 1.927. In Karlsruhe verdoppelte sich die Zahl auf 752. Bei 336 Taten erreichten die Wohnungseinbrecher ihr Ziel nicht. Eine schnell Trendwende könne voraussichtlich nur eine technische Aufrüstung herbeiführen. Eine Abwrackprämie für alte Wohnungstüren und ungesicherte Terrassentüren. Das würde es bringen – so Ruf. Denn das Aufhebeln von Terrassen-, Wohnungs- sowie Kellertüren und das Abdrehen von Schließzylindern seien die häufigsten Vorgehensweisen der Täter.

Das war die Statistik für 2013. Die für 2014 für Karlsruhe liegt noch nicht vor. Was wir haben, ist die Statistik des Landesinnenministers für das letzte Jahr: Mit rd. 13.500 Wohnungseinbrüchen verzeichnet die Kriminalstatistik eine erneute Zunahme um 20 %. Nur 14 % der Einbrüche konnte die Polizei aufklären. Dass es sich für Hausbesitzer lohnt, ihr Anwesen zu sichern, zeige der auf 43 % gestiegene Anteil von Einbrüchen, die im Ansatz stecken geblieben sind.

Genau hier müssen wir ansetzen, denn uns als Gemeinderat, als den gewählten Vertretern der Karlsruher Bürger, kann es nicht egal sein, dass sich immer mehr Menschen in ihren eigenen vier Wänden nicht mehr sicher fühlen. Bei einer Aufklärungsquote von nur 14 % ist es mit einer Aufstockung der Polizei oder des Kommunalen Ordnungsdienstes allein nicht getan. Dabei möchte ich anmerken, dass hier im Moment eher das Gegenteil passiert. Die Landespolizei wird immer weiter ausgedünnt, der Karlsruher Zugriffstrupp wurde abgeschafft. An der Nordbahn wurden die Notrufsäulen vor zwei Wochen an den Haltestellen abgebaut.

Ich fand es positiv, dass Sie, Herr Dr. Fischer, vorhin noch einmal klargestellt haben, dass Sie nicht vor haben, den Kommunalen Ordnungsdienst ersatzlos abzuschaffen, sondern dass Sie auch die Landespolizei in der Verantwortung sehen, für Sicherheit auf unseren Straßen zu sorgen. Das sehen wir genauso. Bevor dieses nicht sichergestellt ist, brauchen wir den Kommunalen Ordnungsdienst.

Momentan sieht es in der Öffentlichkeit so aus, dass nur Jürgen Wenzel als Vertreter der Freien Wähler und ein parteiloser Stadtrat dieses Thema explizit auf ihrem Radarschirm haben. Ich denke, das sollten und müssen wir heute ändern. Wir sollten heute signalisieren, dass uns als den gewählten Vertretern der Bürger dieser Stadt auch dieses Thema am Herzen liegt. Aber auch die Bürger müssen verstehen, dass sie selbst etwas für ihre Sicherheit tun müssen. Die Polizei allein wird es nicht richten. Insofern hat auch Herr Fostiropoulos Recht, wenn er sagt, dass man hier ein präventives Programm auflegen muss. Mehr Sicherheit kostet mehr Geld.

Genauso wie man bei der energetischen Sanierung sein Geld für ineffektive Maßnahmen ausgeben kann, kann man es auch bei der Sicherung von Wohnungen und Häuser in unsinnige Maßnahmen investieren. Deshalb ist hier wie da Aufklärungsarbeit zu leisten. Bei der Sanierung von Wohnungen haben wir in Karlsruhe sogar ein Bonusprogramm, mit dem entsprechende Maßnahmen gefördert werden. Der Karlsruher Polizeipräsident hat eine Abwrackprämie für alte Haustüren und Terrassentüren ins Spiel gebracht. Diese Forderung halte ich für genauso berechtigt, wie die Forderung nach einer Abwrackprämie für alte Heizungen, die es leider auch noch nicht gibt.

Für den Start einer nachhaltigen Aufklärungskampagne zu diesem Thema in der Stadtzeitung beantragen wir für die nächsten beiden Jahre je 25.000 Euro. Viele Leute wissen z. B. gar nicht, dass sie bei der Polizei anrufen können und sich dann jemand ihre Wohnung vor Ort anschaut. Wir stellen uns deshalb vor, dass in mehreren aufeinanderfolgenden Ausgaben der Stadtzeitung sämtliche Maßnahmen für eine effektive Einbruchsprävention vorgestellt werden mit Angabe eines realistischen Kostenrahmens. Denn oft sind effektive Maßnahmen nicht so teuer, wie man denkt.

Ich habe nach drei Einbruchversuchen in der unmittelbaren Nachbarschaft in unserem Haus das volle Programm durchgezogen, unter anderem, Herr Wohlfeil, auch mit Videoüberwachung. Als vor einigen Monaten bei unserer Nachbarin eingebrochen wurde, konnten die Täter mit Fotos von unserer Kamera identifiziert werden. Ich kann Ihnen sagen, es ist ein komisches Gefühl, wenn man zusieht, wie andere versuchen, ins eigene Haus einzubrechen. Es war zunächst ein Mann zu sehen, der sich merkwürdig an der Haustür verhalten hat, der dagegen gedrückt hat, um festzustellen, ob es eine Mehrfachverriegelung gibt, der an die Scheiben geklopft hat, um festzustellen, um welches Glas es sich handelt. Und warum? Herr Wohlfeil, er hat die Kamera gar nicht gesehen. Aber hat gemerkt, dass die Haustür aus Stahl ist, die Fenster einbruchhemmendes Glas haben und die Lichtschächte zugeschweißt sind. Das alles war bei der Nachbarin leider nicht der Fall. Gott sei Dank war sie nicht da.

Weil ich unmittelbar erlebt habe, wie fassungslos und verängstigt die alte Frau anschließend war, verstehe ich, dass den Menschen dieses Problem auf den Nägeln brennt. Herr Konrad, in Ihrer Entgegnung zu Herrn Döring habe ich gemerkt, dass Sie dieses Thema

vielleicht etwas auf die leichte Schulter nehmen. Ich kann Ihnen sagen, vor 30 Jahren hätte ich vermutlich genauso gedacht wie Sie. Aber ich habe festgestellt, dass sich das Sicherheitsbedürfnis der Leute mit dem Alter ändert. Ich bin mir auch nicht so sicher, ob weibliche Personen in Ihrem Alter das genauso sehen wie Sie. Deshalb sollte auch die Mehrheit dieses Gemeinderates heute zeigen, dass auch sie dieses Problem ernst nimmt und für unseren Antrag stimmt.

Stadtrat Döring (CDU): Dass wir in dieser Stadt mehr Präventionsarbeit brauchen, ist ein Fakt. Den hat auch Herr Schmitt erkannt. Dafür möchte ich ihm auch danken. Wir müssen aber sehen: Was hat die Stadt bisher außerhalb ihres gesetzlichen Rahmens dafür getan? Momentan ist es so, dass die Stadt – Sie haben es alle mitbeschlossen – mit dem Europäischen Forum für urbane Sicherheit einem Netzwerk beigetreten ist, das im Prinzip genau diese Probleme angehen soll und Sicherheitskonzepte erarbeitet, die auch greifen und das natürlich auch in einem etwas größeren Rahmen. Das war ein erster Schritt. Den haben Sie auch mitgetragen. Genau wie der Kommunale Ordnungsdienst – wie ich es vorhin schon gesagt habe – im Prinzip ein Bestandteil dieser Sicherheitsarchitektur ist, der genau das abfedern soll.

Ich muss hier aber einmal ausdrücklich die Präventionsarbeit des Polizeipräsidiums Karlsruhe loben. Denn die ist in gewissem Maße beispiellos. Es gibt Beamte, die wirklich von Tür zu Tür gehen, klingeln und die Leute beraten, also explizit aufklären. Das gibt es sonst in diesem Land nirgendwo. Die kriminalpolizeiliche Beratungsstelle wird sehr gut angenommen. Sie ist völlig ausgebucht. Allein schon der Umstand – Sie haben vorhin die polizeiliche Kriminalstatistik zitiert -, dass so viele Einbrüche schon im Versuchsstadium abgebrochen wurden, ist im Prinzip ein Beleg dafür, dass diese kriminalpolizeiliche Beratung greift. Dieses Problem ist in der Öffentlichkeit. Die Leute wissen Bescheid. Sie sind dafür sensibilisiert, auch in gewissen Bereichen. Es tut sich etwas. Sie, Herr Schmitt, sind das beste Beispiel dafür. Sie sind dafür sensibilisiert, haben reagiert und technisch nachgerüstet.

Wenn Sie sagen, Sie möchten gerne, dass diesem immer mehr Beachtung geschenkt wird, dann kann ich Ihnen durchaus Recht geben. Aber dafür so einen hohen Betrag zusätzlich einzustellen halte ich doch für etwas fraglich. Die Frage ist: Müssen wir das Rad neu erfinden? Wir haben auch keine besseren Tipps als die Profis der Kriminalpolizeilichen Beratungsstelle. Hier würde sich eher eine Kooperation mit den Beamten anbieten, dass diese vielleicht einmal einen entsprechenden Beitrag in der Stadtzeitung verfassen. Auch Sie, Herr Schmitt, sind aufgerufen. Wenn Sie möchten, können Sie sich auch in dem Bereich informieren und auch dementsprechend in der Stadtzeitung Beiträge verfassen, wie es auch jedem anderen Stadtrat frei steht. Ich sehe aber nicht die Maßgabe, dass sich die Stadt im Prinzip auf mehreren Umwegen von den Profis Tipps holen soll, um sie an die Bürger zu bringen, wenn die Profis es schon im direkten Bürgerkontakt machen.

Deswegen halten wir diese Maßnahme zwar für äußerst sinnreich, aber in dem Falle an der falschen Stelle angesetzt.

Stadtrat Konrad (GRÜNE): Herr Schmitt, da Sie mich direkt angesprochen haben: Ich kann Ihnen sagen, wie es aussieht bei weiblichen Altersgenossinnen. Bei meiner Freun-

din hat ein Einbruchversuch in ihrer damals noch allein bewohnten Wohnung stattgefunden. Ich kann nicht für sie sprechen, aber ich bin mir relativ sicher, dass sie mich darin unterstützt, dass wir einen anderen Ansatz für sinnvoller halten, als in der StadtZeitung zu inserieren. Denn gerade bei der Gruppe meiner Altersgenossinnen und Altersgenossen kommt das wahrscheinlich eher nicht an. Wir würden einen anderen Ansatz für begrüßenswerter halten.

Stadtrat Wohlfel (KULT): Nur ein Satz: Prinzipiell Prävention ja, aber dann für konkrete Maßnahmen werben, was letztendlich dann von privaten Unternehmen angeboten wird. Letztendlich machen wir dann Werbung für Produkte von Unternehmen. Das führt dann auch zu einem System: Sicherheit nur für die, die es sich leisten können, wenn es jeder präventiv selbst machen muss. Wir müssen uns als Stadt darum kümmern, dass Sicherheit grundsätzlich überall im öffentlichen Raum gewährleistet ist.

Der Vorsitzende: Ich denke, wir sind uns aber alle einig, dass diese Information, dass man sich bei der Kripo die entsprechende Präventionsberatung holen kann, sinnvoll ist. Ich sehe auch kein Problem darin, dass wir darauf in der StadtZeitung gelegentlich einmal wieder intensiv hinweisen. Dafür brauchen wir aber nicht diese Summen, die hier drinstehen. Das ist in Kurzform das, was die Verwaltung dazu sagt. Jetzt bitte ich um das Kartenzeichen für oder gegen diesen Antrag. – 2 Zustimmungen, 1 Enthaltung, der Rest ist Ablehnung. Damit ist der Antrag, bezogen auf die Finanzposition, **abgelehnt**.

(...)